

## Angst vor dem EntscheidungsRecht

*„Es ist die soziale Ungleichheit,  
die zur Aussonderung der Eliten führt,  
die sich anmaßen,  
geistiger Vormund der unmündigen Masse zu sein.“*

Robert Havemann, 1964

Solange rechtschaffene Menschen ihr Leben zurückverfolgen können, sind sie Sklave selbsterhöhter Eliten.

Solange es diese Eliten gibt, leben sie in besseren Verhältnissen als jene, die ihnen diese Verhältnisse erwirtschaften.

Solange die Massen von Entscheidungen dieser Eliten abhängig sind, haben sie in letzter Konsequenz mit ihnen noch nie gute Erfahrungen gemacht. Am Ende ist die Masse der Dumme und die Eliten sind saniert.

Solange man in der Moderne die politischen Eliten wählt, hat sich der Einfluss des Volkes auf seine Lebensumstände, und damit auf wichtige gesellschaftliche Entscheidungen, überhaupt nicht verändert. Man wählt eine Partei, die man nicht genau kennt. Man wählt eine Person, die einem noch ferner ist. Man wählt ein Parlament aus Fremden, deren Job gut bezahlt wird.

Die Entscheidungen derartiger Gremien orientieren sich am Volksinteresse genauso wenig, wie die Entscheidungen anderer Herrschaftssysteme.

Unklar ist, warum diese Umstände immer noch nicht geändert sind. Denn spätestens nach der dritten Wahl und drittem Reifall müsste sich jeder normale Verstand fragen, warum er sein Leben in die Hände anderer legt.

Die Wahlen der Neuzeit erhärten sogar, dass man für politische Posten weder intelligent, noch besonders qualifiziert sein muss. Schläue, Gerissenheit und eine Portion Glaube auserwählter zu sein als andere, reichen aus. Das war immer so, das bestätigt die „Wende“. Sonst hätte nie ein Halbwüchsiger Kaiser sein können.

Man weiß, dass man mit Wahlen gar nicht wählt und wählt doch. Man wird periodisch belogen und betrogen und wählt und wählt. Man hofft darauf, wie bei einem Lottospiel, einmal den Richtigen zu treffen.

Was erhofft man sich eigentlich von den Gewählten, was sollen sie denn realisieren? Nun, sie haben die Gesetzgebungsgewalt in der Hand. Man hofft, dass sie diese Gewalt sozial anwenden. Sie verfügen über den von der Gemeinschaft erarbeiteten Haushalt. Man hofft, dass sie ihn im Interesse der Gesellschaft verwenden. Viel mehr hätten sie eigentlich nicht zu tun.

Das ist keine naive Lesart, sondern letztendlich die kurze Stellenbeschreibung eines „Volksvertreters“.

Doch die Gesetzgebungsgewalt am Wickel, die Haushaltskasse im Griff und ein sicherer, vom Niveau des Volkes abgehobener Lebensstil, wenden spornstreichs ihre Interessenlage. Sie akzelerieren zur Elite.

Dass wir uns nicht falsch verstehen: Als Verwaltungs- und Ordnungselement ist ein Staat sehr wohl von Nöten. Er hat die gesellschaftlichen Belange, die sich natürlich von individuellen Interessen der Gesellschaftsmitglieder unterscheiden können, weitsichtig und gemeinschaftsbezogen zu ordnen. Er hätte also in erster Linie die Aufgabe, den von der Gesellschaft erwirtschafteten Gemeinschaftshaushalt für Gemeinschaftsinteressen zu verwenden.

Besonders die Geschichte des Deutschen Volkes lehrt, dass der vormundschaftliche Staat diesem Anspruch noch nie gerecht geworden ist. Jede Fremdherrschaft ist Diktatur und jede Fremdherrschaft entwickelt künstliche Eliten. Eliten organisieren sich immer in Hierarchien und brauchen eine Existenzbegründung für ihr besonderes Dasein. Als sozialer Entscheidungsträger hat sich bisher jede gesetzgebende und selbst haushaltende Elite zum Volksfeind entwickelt. Als Herr über Leib und Leben der rechtschaffenen Masse hat sich der elitäre Staat durch seine Grundhaltung gegenüber dem Volk disqualifiziert.

Bevor wir die Gedanken weiterführen, ist es nötig, ganz kurz, etwas über die wissenschaftliche Gesellschaftstheorie allgemein zu sagen. Das muss sein, weil wir im Folgenden eine Brache der Volksvernunft befruchten, die Lumpeneliten bislang für unfruchtbar hielten.

Eine wissenschaftliche Weltanschauung hat nun einmal als Wissenschaft auch an sich, dass sie mit mehr Erfahrung auch ihren Inhalt korrigieren muss. Es ist deshalb kein Drama, wenn man nach der Vernichtung einer (noch in Kinderschuhen steckenden) im Wesen sozial orientierten Welt entdeckt, dass sowohl ihre Gesellschaftstheorie als auch ihre Klassenanalyse fehlerhaft sind. Der Grund des Defekts ist einfach und nicht etwa in einer veränderten Ausbeutungsstruktur zu sehen, sondern darin, dass sich die zur Entstehungszeit der Ideen entwickelnde industrielle Produktionsweise radikal zeigte und dadurch dem Betrachter vereinfacht darstellte. Was sich ihm als nichtantagonistischer Widerspruch zwischen Bourgeois und Proletariern, Kapital und Arbeit, Produktivkräften und Produktionsverhältnissen praktisch offenbarte, hätte auch ein Universalgenie nicht anders verarbeiteten können.

Das Nachdenken über eine gerechte Gesellschaft war unter frühkapitalistischen Verhältnissen einfache Widerspiegelung der Verhältnisse. Man begriff, dass eine sozialrevolutionäre Praxis eine sozialrevolutionäre Theorie braucht und nahm nicht wahr, dass der seit Äonen asozial hausende Feind seine asoziale Theorie hat.

Was als nichtantagonistischer Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit angenommen wurde, entblößt sich als die Ausbeutergesellschaften verbindender Widerspruch zwischen objektivem (sozialem) Mehrprodukt und subjektivem (asozialem) Raubgewinn.

Die Vereinfachung der Klassenstruktur in Bourgeois und Proletarier verdeckte die Antipoden aller Raubkulturen, die asoziale Elite und die soziale Masse.

Der Grundwiderspruch von Produktionsverhältnissen zu Produktivkräften war Widerspiegelung des Widerspruchs objektiver Gesellschaftskultur zu subjektiver Raubkultur.

So wurde im Angesicht des blutigen sozialrevolutionären Kampfes übersehen, was unter anderem zur erneuten Niederlage führte, die **Existenz von Raubkulturen**. Deshalb bestätigt sich so beharrlich die Feststellung:

»Die „Geschichte der Klassenkämpfe“  
ist in letzter Konsequenz die Geschichte  
einer Serie von Niederlagen.«

Wer sich heute ehrlich aufrafft, gegen den Sozialterror und seine Auswirkungen aufzustehen, der muss schon die moralische Stärke entwickeln, einem neuen Denken und dieser Feststellung ins Auge zu blicken, weil nur so eine saubere Feind-Freund-Analyse des Volkes möglich ist. Nur Wissen um das reale Kräfteverhältnis macht einen dauerhaften Erfolg sozialer Kämpfe überhaupt erst möglich.

Es geht daher zuerst nicht darum, die Gesellschaft umzustülpen, eine Vormundschaft durch eine andere zu ersetzen (erneut zu hoffen, dass diese die Erwartungen der Menschen erfüllt), sondern es geht erst einmal darum, den unhaltbaren Zustand der Fremdherrschaften über das schaffende Volk zu beseitigen.

Wichtige gesellschaftliche Entscheidungen, besonders auf den Gebieten der Gesetzgebung und der Verwendung der Gemeinschaftsmittel (Staatshaushalt), gehören nicht in vormundschaftliche Hand. Es gehört sich einfach nicht, rechtschaffene Menschen zu entmündigen.

Die Einführung des Allgemeinen Entscheidungsrechts des mündigen Bürgers über wichtige soziale Fragen (also die jeweilige Gesellschaft betreffende, im Vordergrund die soziale Gesetzgebung und den sozialen Haushalt betreffende Fragen) das wäre der erste Schritt zur Lösung sozialer Probleme auf soziale Art.

Bei der seit Jahrhunderten nicht abreißen Flut gesetzmäßiger Enttäuschungen über Vormundschaften scheint die Furcht vor dem eigenen Entscheidungsrecht nur Angst vor der eigenen Courage zu sein.

Entscheidungsrecht heißt niemals, dass z.B. bei einem Zehnmillionenvolk zehn Millionen unterschiedliche Meinungen miteinander streiten. Entscheidungsrecht heißt auch nicht, dass jeder zu jedem Firlefanz seinen Senf dazugeben kann.

Grob gesagt heißt Entscheidungsrecht, dass jeder mündige Bürger das uneingeschränkte und gesetzlich verbrieftete Recht hat, zu wichtigen sozialen Fragen gehört zu werden und dass er durch seine Stimme zur Frage quasi mit zum Gesetzgeber wird. Um seiner Entscheidung Hand und Fuß zu verleihen, hat das vom

Wähler per Wahlrecht legitimierte Gremien (die Volksvertretung) Lösungsvorschläge zu machen und als Alternativgedanken dem infrage kommenden Bürgerkreis zur Diskussion vorzulegen. Ist diese beendet, erarbeitet die Volksvertretung die Entscheidungsvorlage und gibt sie dem entsprechenden Bürgerkreis zur Entscheidung freien Entscheidung in die Hand. Keine Furcht: Wichtige gemeinschaftlich zu lösende Aufgaben kann man kaum erfinden, sie zeigen sich real als allgemein interessierende Konflikte oder Probleme.

Da wirksame Demokratie erstmals und völlig neu auf der Welt wäre, sind ihre Regeln und Mechanismen selbstredend mit bestehenden vormundschaftlichen Abstimmungserfahrungen nicht zu vergleichen.

Diese Art wirksamer Demokratie sozialer Entscheidung mündiger Bürger zur Regelung ihrer ureigenen Lebensumstände nennen wir Kompetenzdemokratie.

Sehen wir uns die heutige Gesetzgebung einmal an. Was machen denn Gesetze? Sie regeln die wichtigsten Interessen der über die Masse herrschenden Interessenträger. Im Interesse dieser Minderheiten „berät“ und beschließt das „gewählte“ Gremium nach schwartendicken Vorlagen, die es in der Regel aus Zeit oder/und Wissensmangel weder liest, noch überblicken kann. Das Volk, dem es die Gesetze überstülpt, wird nicht gefragt.

Und wie geht man denn heute mit dem vom Volk erwirtschafteten „Staatshaushalt“ um? Das oben bereits erwähnte inkompetente Gremium beschließt auf Grund ebensolcher Vorlagen, wie oben angeführt, den Staatshaushalt. Das Volk hat wiederum kein Mitspracherecht, ob die von ihm erwirtschafteten Milliarden Banken, Kriege oder Kindergärten finanzieren.

Setzen wir den gesellschaftlichen Bedarf eines Problems und die Vorlagen mit Alternativvorschlägen voraus, und setzen wir voraus, dass tatsächlich gesellschaftliches Interesse an der Lösung der Frage besteht, was spräche dagegen, die Menschen, die von den Entscheidungen in ihrem Lebensfeld betroffen werden, auch über diese entscheiden zu lassen?

Hätte das deutsche Volk nach 1945 dieses Recht besessen, Thyssen und Krupp würden mit Sicherheit nicht schon wieder die Zukunft gestalten. Es gäbe mit Sicherheit ein soziales Rentenrecht, ein würdevolles Sozialsystem, ein Recht, das ohne Geld Recht spricht, ein soziales Gesundheitswesen - und Arbeit ohne Ende.

Es ist sicher: Jede soziale Haushaltsentscheidung der Wähler, jedes Gesetz das über das Allgemeine Entscheidungsrecht zustande kommt wird tausendmal klüger, tausendmal gesellschaftsfähiger, tausendmal für die Gesellschaft förderlicher sein, als es Obrigkeits- und Parlamentsdiktate je waren und je sein können. Auf die Weisheiten satter „Oberschicht“ kann jedes Volk getrost verzichten. Völker brauchen keine bezahlten Propheten, die ihm Unterschiede von Arm und Reich gesund reden.

Der „einfache“ Mensch, der täglich im Arbeitsprozess Entscheidungen über die Qualität seiner Arbeitsergebnisse fällt, der für die Familie klug und sorgsam wichtige Schritte abwägt, der sozial denkt, arbeitet und von Natur aus hilfsbereit ist, dieser Mensch braucht überhaupt keine Angst vor seiner Entscheidungsfähigkeit zu haben. Er stellt sie tagtäglich tausendfach unter Beweis. Vor wirksamer Demokratie kann nur Bammel haben, wem die vom Volk abgehobenen Sonderrechte davon fließen oder wem herrschende Bildung, Erziehung und asoziale Schichtung das Selbstbewusstsein genommen haben.

Noch einmal: Allgemeines Entscheidungsrecht heißt also, dass der mündige Bürger zu seinem gesetzlich gesicherten Allgemeinen Wahlrecht sein gesetzlich gesichertes Allgemeines Entscheidungsrecht erhält.

Das Allgemeine Entscheidungsrecht ist das oberste Grundrecht des Menschen, ohne das alle anderen Grundrechte unsichere Papierrechte sind. Es sichert dem mündigen Menschen sein Mitbestimmungsrecht auf sein Leben, seine sozialen Interessen und sein Gut. Davor braucht kein Rechtschaffener Angst zu haben.

Das Allgemeine Entscheidungsrecht ist das Grundrecht des mündigen Bürgers, dort Mitspracherecht zu haben, wo soziale Probleme auftauchen und zu lösen sind.

Das Allgemeine Entscheidungsrecht ist als Grundrecht nicht zu verwechseln mit dem würdelosen Nachtrags- und Bettelrecht um Volksentscheide in würdeloser Lage.

Auf das Staatsgefüge bezogen ist es das Grundrecht bei Haushalts-, Gesetz- und wichtige sozialen Entscheidungen, auf der jeweiligen Verwaltungsebene, als „Gesetzgeber“ auftreten zu können.

Das Entscheidungsrecht ist das unteilbare Recht des mündigen Menschen, als Individuum in der Gesellschaft eine Stimme zu ihm direkt oder indirekt berührende Reglements zu besitzen.

Jedes Recht der Welt, das einem mündigen Menschen dieses menschliche Grundrecht verwehrt und ihn durch asoziale Auserwählenseilschaften entmündigt, ist in der Endkonsequenz im sozialen Sinn Unrecht.

Dass die Entscheidungen des mündigen Bürgers an das Eingemachte asozialer Seilschaften gehen werden, das ist klar wie Kloßbrühe. Doch dass mündige Bürger

wichtige Entscheidungen gegen private und familiäre Lebensinteressen fällen oder sich in egoistischen und unsachlichem Meinungsstreit zerfleischen, das ist so gut wie ausgeschlossen.

Menschen, die in hoher Duldsamkeit Jahrhunderte lang bluten, um Eliten zu befriedigen, Menschen, die das gesellschaftliche Leben durch ihre Arbeit überhaupt erst zum Leben erwecken (also auch die Sonderrechte der Lumpenstrukturen), arbeiten nicht nur sozial, sondern fühlen und denken auch sozial. Unrühmliche Ausnahmen dürften auch diese Regel bestätigen.

Das Entscheidungsrecht entreißt anmaßenden und vom Lebensrhythmus der Völker abgehobenen Minderheiten die Macht über die objektiv sozial schaffende Masse.

Was das Volk mit diesem Recht zu seinen Gunsten regulieren und sozial entscheiden wird, wie schnell dadurch die Gesellschaft gesundet, das kann unter den heutigen Bedingungen niemand voraussagen.

Der Bauer auf dem Feld und der Arbeiter in der Fabrik müssen erstens erkennen, dass ein Mensch, den sie durch ihren Fleiß von dieser harten Arbeit freistellen und ihm dadurch ermöglichen zu lernen, zu studieren und einer „gehobenen“ Tätigkeit nachzugehen, niemals mehr Wert sein kann als sie selbst - und sie müssen zweitens peinlichst darüber wachen, dass er das Gefüge gesellschaftlicher Arbeitsteilung nicht verlässt.

Wenn die Welt aus Geistlichen, Politikern, Auserwählten Adligen, Erbeliten, weiterer Arroganz und Unternehmern bestünde, würde sie verenden. Diese Elemente können also nie auf reelle Art und Weise zu besserem Leben gelangen, als Produzenten allgemein.